
Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 20.01.2016
Sitzungsdauer:	19:00 - 21:47 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung Nichtöffentliche
Sitzung

 Gerhard Borstell
Vorsitzender

 Birgit Wesemann
Protokollführer
Anwesend:Vorsitzender

Herr Gerhard Borstell

Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Frau Ina Altenberger

Herr Gerd Bodenbinder

Frau Edith Braun

Herr Dr. Frank Dreihaupt ab TOP 7

Herr Torsten Fettback

Frau Petra Fischer

Herr Marcus Graubner

Herr Hans-Peter Gürnth

Herr Werner Jacob

Herr Peter Jagolski

Herr Wolfgang Kinszorra

Herr Sebastian Klein

Herr Tim Lange ab TOP 6

Herr Bernd Liebisch

Herr Falk Mainzer

Herr Wolfgang März ab TOP 4

Herr Michael Nagler

Herr Dieter Pasiciel

Herr Manfred Pecker

Frau Rita Platte

Herr Jörg Rudowski

Frau Janine Steinig-Pinnecke

Herr Bodo Strube

Herr Daniel Wegener

Anwesend:Ortsbürgermeister

Stefanie Schubert

Mitarbeiter Verwaltung

Herr Erich Gruber

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Abwesend:Mitglieder

Frau Kathleen Kraemer entsch.

Herr Ulf Osterwald unentsch.

Herr Detlef Radke unentsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen Sitzung des Stadtrates der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 20.01.2016, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>DS-Nr.</u>
1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit	
2. Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung	
3. Feststellungen der Niederschriften der öffentlichen Sitzungen vom 11.11.2015 und vom 16.12.2015	
4. Einwohnerfragestunde	
5. Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse	
6. Schaffung einer Stelle zum Gerätewart	BV 340/2015
7. Schaffung einer Sachbearbeiterstelle im Bauamt - Bearbeitung von Hochwassereinzelnmaßnahmen	BV 341/2015
8. Information aus den Verbänden	
9. Information des Bürgermeisters	
10. Anfragen und Anregungen	

Öffentliche Sitzung

17. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
18. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
19. Schließen der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Herr Borstell eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Er bittet um eine Schweigeminute wegen des Terroranschlags in Istanbul.

Anschließend stellt er die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Borstell gibt den Hinweis, dass aus technischen Gründen die Jahreszahlen der Beschlussvorlagennummern mit 2015 ausgewiesen sind. Er bittet die SR'e, um Korrektur auf 2016.

TOP 2: Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Herr Borstell stellt die Tagesordnung und die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

TOP 3: Feststellungen der Niederschriften der öffentlichen Sitzungen vom 11.11.2015 und vom 16.12.2015

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen vom 11.11.2015 und vom 16.12.2015 werden ohne Einwände festgestellt.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Herr Schulze aus Uchtdorf hat in der SR-Sitzung im September ein Schreiben an den stellv. Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Jacob gegeben. Es war ein Gedächtnisprotokoll vom Gespräch mit Herrn Brohm vom 28.07.2015. Es wurde schon einmal am 04.11.2015 angesprochen. Trotzdem hat er bis zum heutigen Tage noch keine Rückantwort erhalten. Wie lange wird es noch dauern?

Herr Borstell wird sich das Schreiben zusammen mit dem BM ansehen und Herrn Schulze informieren.

Herr Schulze fragt, wann tritt die Gefahrenabwehrverordnung in Kraft und wann wird diese vom Ordnungsamt überprüft? In Uchtdorf gibt es etliche Häuser ohne Hausnummern. Das hat er mehrmals im Ordnungsamt angesprochen, aber es passiert nichts.

Herr Borstell bedankt sich für den Hinweis, denn das ist nicht nur in Uchtdorf der Fall, sondern auch in Tangerhütte. Dies ist wichtig, schon wegen dem Rettungsdienst und der Feuerwehr. Es ist aber auch jeder selbst verpflichtet, seine Hausnummer anzubringen.

Herr März nimmt an der Sitzung teil.

Herr Steffen aus Uchtdorf hatte in der SR-Sitzung am 04.11.2015 das Thema Herausnahme einer Fläche sonstiger Plätze in der Ortschaft Uchtdorf aus dem Straßenbestandsverzeichnis angesprochen. Am 17.11.2015 hat er von Herrn Gruber auf seine 2 Fragen eine Antwort erhalten. Einmal ging es um die Beschlussfassung der BV 257/2015 im Ortschaftsrat (OR) Uchtdorf, um die Herausnahme dieser Fläche. Jetzt liest er den § 1 Abs. 5 der Geschäftsordnung (GO) des SR'es vor. Hier geht es um die Frist der Einladung, denn Herr Gruber hat am 08.08.2015 mit Herrn Bartoschewski telefoniert, um die Sache zu besprechen. Das sind keine 11 Tage vor der Sitzung des OR'es, sondern am gleichen Tag. Er fragt sich, wie Herr Gruber die Sitzungsordnung einhalten wollte.

Herr Borstell bittet Herrn Steffen, dass er seine Anfrage stellt.

Herr Steffens Anfrage lautet, wie kann es sein, dass die GO nicht eingehalten wird und wie Herr Gruber schreiben kann, die Herausnahme einer Fläche aus dem Straßenbestandsverzeichnis soll per Beschluss des OR'es, des Ausschusses und des SR'es erfolgen? Er bittet um Erklärung.

Herr Borstell wird sich darum kümmern und Herrn Steffen informieren.

Herr Steffen hatte er am 01.12.2014 einen Antrag um Klärung der Beschilderung am Platz des Friedens gestellt. Am 11.12.2015 ist er mit Frau Zuchowicz und Herrn Schulz vom Ordnungsamt durch Uchtdorf gegangen. Bei dieser Begehung hat er den 2 Mitarbeitern des Ordnungsamtes mitgeteilt, wo in Uchtdorf Straßennamenschilder fehlen. Wenn so weiter gemacht wird, werden wir in Uchtdorf bald die Situation haben, dass evtl. der Rettungsdienst zu spät kommt. Er verlangt von diesen 2 Mitarbeitern eine schriftliche Antwort.

Herr Borstell sagt, darauf antwortet der BM. Straßenschilder und Hausnummern werden von uns im Komplex betrachtet. Er wird es kontrollieren.

Herr Steffen hat noch eine Frage zur Photovoltaikanlage. Es geht um das Mitwirkungsverbot von Herrn März. Zum Schreiben von Herrn Gruber stellt er klar, dass Herr März zu dieser Zeit nicht evtl. sondern Vorsitzender des Vorstandes der Agrargenossenschaft Uchtdorf war. Er hat einen Grund-

buchauszug des Amtsgerichtes Stendal, wo dieser als Geschäftsführer aufgeführt ist. Herr März ist erst am 02.04.2015 ausgeschieden. Herr März hat mehrfach gegen das Mitwirkungsverbot verstoßen. Er will es geklärt wissen.

Herr Borstell wird sich auch darum kümmern. Damit dieses Thema endlich abgeschlossen werden kann, wird darüber ein Gespräch geführt. Der SR wird informiert.

TOP 5: Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse

Herr Brohm berichtet über die Ausführung der gefassten Beschlüsse von der SR-Sitzung vom 16.12.2015. Die 2. Änderung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung, die Sondernutzungssatzung und die Sondernutzungsgebührensatzung sowie die Wasserwehrsatzung wurden am 06.01.2016 im Generalanzeiger bekannt gemacht.

TOP 6: Schaffung einer Stelle zum Gerätewart - BV 340/2015

Herr Brohm möchte, bevor der HH beschlossen wird, über den Gerätewart befinden. Seit 2015 ist eine Stelle im Bauhof nicht besetzt und d. h., hier sind Mittel frei. Die Stelle würde er gern für den Gerätewart passend machen. Das führt natürlich zu Mehrkosten. Diese werden innerhalb von 2 Jahren durch Einsparungen durch die Tätigkeit des Gerätewartes wieder erwirtschaftet, aber auch durch Leistungen, die jetzt noch extern eingekauft werden müssen. Wir werden in den nächsten Jahren viele Fw-Kameraden altersbedingt verlieren. Die nachwachsende Generation ist oft in der Woche nicht zu Hause. Durch einen Hauptamtlichen soll Sicherheit für die Wehr geschaffen werden. Der Gerätewart ist für den aktuellen Stand der Technik der Wehren und für die Beschaffung der Bekleidung zuständig. Die Entscheidung der Aufgaben eines Gerätewartes und die Findung der Person will er nicht allein treffen, sondern mit dem Hauptausschuss (HA). Der zukünftige Gerätewart wird sich seine Aufgaben zwischen FFW und Teile des Bauhofes teilen.

Herr Lange nimmt an der Sitzung teil.

Herr Rudowski findet, der Gerätewart solle nicht nur die Feuerlöscher der Wehren kontrollieren, sondern alle. Damit würden externe Kosten eingespart.

Herr Nagler möchte die BV erweitern. Die Stellenbeschreibung wird zusammen mit dem BM und dem HA erarbeitet sowie die Besetzung der Stelle.

Herr Borstell bittet um Abstimmung der BV 340/2016, mit der genannten Erweiterung von Herrn Nagler.

Der Stadtrat beschließt die Schaffung einer Stelle zum Gerätewart vorab der Beschlussfassung des Haushaltsplanes 2016. Die Stellenbeschreibung wird zusammen mit dem BM und dem HA erarbeitet sowie die Besetzung der Stelle.

Abstimmungsergebnis: 25 x Ja 0 x Nein 0 x Enthaltung

TOP 7: Schaffung einer Sachbearbeiterstelle im Bauamt - Bearbeitung von Hochwassereinzelnmaßnahmen - BV 341/2015

Herr Brohm bittet den SR, Mut zur Einstellung einer Sachbearbeiterstelle für 2 Jahre im Bauamt zu haben, zur Bearbeitung von Hochwassereinzelnmaßnahmen. In der Erarbeitung des HH'es für den HH-Entwurf 2016 wurde festgestellt, in was für eine Situation wir kommen. Wir haben Hochwassereinzelnmaßnahmen von über 10 Mio € und eine Investitionspauschale von fast 600.000 €, die ausgegeben werden sollen. Für das kommende Jahr wird die Abarbeitung in Form von Stark V, in Höhe von 1,3 Mio € geplant und es soll das eine oder andere Stark III Projekt realisiert werden. Dazu kommt das tägliche Geschäft, was auch nicht unterschätzt werden sollte. Im Moment hat die Verwaltung 1 Mitarbeiter im Tiefbauamt. Dieser Mitarbeiter könne ausfallen und hat einen Jahresurlaub von 6 Wochen. Außerdem werden heutzutage Fördermittel anders ausgegeben, als vor 10 oder 15 Jahren. Damals reichten einige Blätter und heute werden damit Aktenschränke gefüllt und das ist recht aufwendig. Es ist viel Geld, aber es ist eine Investition in die Zukunft. Es gibt interne Reserven, aber keine 40 Stunden in der Woche. In den kommenden 8 bis 10 Jahren schlage der demographische Wandel in der Verwaltung zu. Es werden strukturelle Veränderungen geben und zwar neu gegen alt. Das würde zur Schmälerung der Verwaltungsausgaben führen. Es gibt bei den Abrechnungen Hochwasser und Stark V eine Frist, die eingehalten werden muss. Dafür benötigt er die zusätzliche befristete Stelle. Er kann zusichern, dass der SR eine ständige Kontrolle darüber habe und die Sicherheit, dass alles abgearbeitet werde.

Herr Graubners Fraktion hatte hierzu eine intensive Diskussion. Die CDU-Fraktion wird nicht zustimmen. Nachher wird über das Hauptamt gesprochen. Hauptamt heißt, dass es in der Struktur Veränderungen geben werde, z.B. werde das Ordnungsamt nicht mehr zum Bauamt gehören und der stellv. BM falle auch weg. Somit würden die jetzigen Belastungen des Bauamtes durch einen natürlichen Ablauf geschmälert. Sind andere Möglichkeiten geprüft worden, z.B. Praktika, Leiharbeit oder Jobcenter? Mit einer neuen Stelle würde sehr viel Geld ausgegeben, aber gleichzeitig wird über HH-Sperre und HH-Konsolidierung geredet.

Frau Platte weiß, die Verwaltung habe mehr als vor 10 Jahren zu tun. Sie sei aber nach wie vor der Meinung, dass die Verwaltung von der Organisation her effektiver aufgestellt sein müsse. Deshalb sieht sie die Schaffung der zusätzlichen Stelle mit Bauchschmerzen. Sie hätte gern eine ordentliche Begründung für die Leute gesehen (was machen diese 8 h am Tag, 40 h in der Woche, 21 Tage im Monat).

Herr Nagler sagt, aus seiner Fraktion wird es kein einheitliches Bild geben. Einerseits kann er das Gesagte des BM's nachvollziehen, aber andererseits könne man auch durch größere und andere Veränderungen in der gesamten Struktur, in der Aufgabenbereiche wegfallen, etwas machen. Vor einiger Zeit gab es eine Kalähne-Studie. Da hätte man mit Zahlen hantieren können. Aus dieser Studie könne man schnell rauslesen, wenn das Ordnungsamt im Bauamt wegfallt, wieviel Prozent dann frei werden würde.

Herr Rudowski meint, dass man 2 Dinge auseinander halten müsse. Einmal die strategische Entwicklung der Verwaltung, langfristig gesehen und die Aufgabe, die in den nächsten 2 Jahren vor der Verwaltung liege. Dies sei eine, die nicht viel Geld kostet sondern bei der es um viel Geld gehe und um die Beseitigung der Hochwasserfolgen für die komplette EG. Seine Fraktion habe sich gewünscht, dass in der Begründung der BV ein Satz zur Finanzierung gestanden hätte. Wird diese komplett aus unseren Mitteln finanziert oder werden diese Stellen über bestimmte Fördermechanismen gestützt oder zu einem bestimmten Anteil subventioniert?

Herr Borstell weist darauf hin, dass dies in der Begründung steht.

Herr Strube merkt an, hier sei nicht der jeweilige Zustand der Verwaltung für die Entscheidung ausschlaggebend. Aufgrund der Brisanz der Aufgabenstellung, stimmt er der Stelle zu.

Nach **Herrn Kindzorras** Wissen, gilt in der Verwaltung das Arbeitsrecht der BRD. Wenn die Meinung bestehe, dass bestimmte Mitarbeiter möglicherweise nicht das Leistungspotenzial bringen, was durchschnittlich erbracht werden solle, müssen diese Mitarbeiter abgemahnt werden und dann muss ggfls. mit allen Konsequenzen ein Austausch durchgeführt werden. In der Studie von Herrn Kalähne wurden präzise die einzelnen Tätigkeiten der Mitarbeiter der Verwaltung aufgelistet. Damit könne man die Zeiteile darlegen und man könne sagen, welches Potenzial vorhanden sei. Er bittet den BM, dass er nicht die 200.000 € verniedlichen solle, die ein hochqualifiziertes Ingenieurbüro, vom Landesverwaltungsamt nominiert, bekomme, um hier die Maßnahmen des Hochwasserschutzes der EG abzurechnen. Auch wenn weitere 12 Hochwassereinzelnmaßnahmen, Stark III und Stark V kommen, gehe er davon aus, dass viele Sachen ebenfalls wieder mit der ordnungsgemäßen hervorragenden handverlesenen Ingenieurleistung von Externen mit erarbeitet werden. In der freien Wirtschaft geht man nicht nach den Möglichkeiten des Wunsch-Dir-Was, sondern man muss diese Sachen effektiv planen und sagen, wofür benötigt man interne Experten, die man einstellt. Ansonsten kauft man sich externes Wissen dazu. Außerdem ist unsere EG bis zum Jahre 2020 in der HH-Konsolidierung.

Herr Brohm sagt, die Verwaltung habe 10x mehr Volumen als normalerweise und das mit den gleichen Personenzahlen zu leisten, ist nicht möglich. Im Moment haben die Mitarbeiter volle Schreibtische. Diese können ihr Potenzial gar nicht nutzen, weil sie sich mit sehr arbeitsaufwendigen Sachen beschäftigen müssen. Damit die Mitarbeiter ihre Arbeit in ihrer entsprechenden Qualifikation umsetzen können, möchte er sie davon befreien. Unsere Aufgabe ist es, in den kommenden Wochen und Monaten ein HH-Konsolidierungskonzept (HKK) aufzustellen, was am Ende aussagt, wie wir es schaffen, in 8 Jahren auf eine schwarze Null zu kommen. Die Verwaltung wird die Kosten stabil halten.

Frau Altenberger fragt, ist die Stelle befristet oder ist diese im Hintergrund schon für länger ausgelegt? In der Begründung hat Herr Brohm die Perspektive des Generationswechsels ausgeführt.

Herr Brohm antwortet, die Stelle ist befristet. Wenn er sich die Altersstruktur in der Verwaltung ansehe, werden uns in den nächsten 8 Jahren 4 oder 5 Mitarbeiter altersbedingt verlassen. Es würden

aber nicht wieder 4 oder 5 Mitarbeiter eingestellt. Vielleicht werde im nächsten Jahr ein Auszubildender eingestellt und Bereiche zusammen geführt.

Herr Pasiciel meint, man solle den Ist-Zustand analysieren. Es vergeht kaum eine Sitzung, wo das Bauamt nicht kritisiert wird. Er befürwortet die Schaffung der befristeten Stelle. Bekommt dieser eine ½-jährliche Probezeit?

Herr Brohm antwortet mit Ja.

Herr Dr. Dreihaupt nimmt an der Sitzung teil.

Herr Liebisch fragt, ob man nach Alternativen zu anderen Möglichkeiten der Abarbeitung der Arbeit geschaut habe. Man könne diese Arbeit von Praktikanten erledigen lassen oder über das Jobcenter qualifizierte Leute einstellen, die vielleicht gefördert werden.

Herr Brohm merkt an, die Kosten über das Jobcenter wären gleich. Praktikanten sind keine Lösung. Es wird jemand gesucht, der Verwaltungserfahrung hat und sich im Bauen auskennt.

Herr März findet es äußerst schwierig, die Arbeit der einzelnen Angestellten in der Verwaltung zu beurteilen, denn man habe mehr oder weniger damit zu tun. Darum bittet er, mit solchen Äußerungen sehr vorsichtig umzugehen.

In der freien Wirtschaft werden für die Abarbeitung der Förderrichtlinien externe Unternehmen herangezogen. Die Fördermittel müssen ordnungsgemäß abgerechnet werden. Hier seien bestimmt auch EU-Mittel dabei und wenn bei der Abrechnung Fehler passieren, müsse alles zurückgezahlt werden.

Frau Braun sagt, der BM selbst habe eingeschätzt, dass er mit der derzeitigen Verwaltung, mit dem Bestand der Mitarbeiter, diese 10 Mio € nicht frist- und qualitätsgerecht umsetzen könne. Sie wisse aus eigener Erfahrung, dass es heutzutage ein großer Mehraufwand als vor 10 Jahren sei und auch eine penible Arbeit. Diese Arbeit könne man nicht von nichtsachkundigen Leuten und Praktikanten machen lassen.

Herr Kinszorra fragt, warum liegt zu dieser BV nicht die Kapazitätsermittlung von Herrn Kalähne, korrigiert und ergänzt mit dem jetzigen Stand, bei. Wir sind in der Konsolidierung und für eine EGr. 6, befristet auf 2 Jahre, bekommen wir keinen fachlich kompetenten Mitarbeiter/in. Es werde wieder nur ein durchschnittlicher Mensch sein. Woanders muss man die Kapazitäten immer nachweisen.

Frau Altenberger erinnert daran, dass in einer anderen Sitzung die Schaffung einer Stelle schon beschlossen wurde, die dieser Entlastung dienen solle und die zu 100% gefördert sei. Das solle man in der Entscheidung mit berücksichtigen. Herr Brohm hat dem SR im Vorfeld aufgeführt, dass es ganz viele Tätigkeiten gäbe, die einem qualifizierten Mitarbeiter auch eine Menge Zeit koste, wo man sagen könne, diese Arbeiten müsse nicht unbedingt ein hochqualifizierter Mitarbeiter machen. Eine Option wäre, dass ein hochqualifizierter Mitarbeiter sich um die Fördermittel kümmern könne und der neue Mitarbeiter, ob Praktikant oder Auszubildender erledige die Arbeiten, die nicht die hohen Ansprüche stelle.

Herr Brohm gibt an, man werde nicht auf „Teufel-komm-rauf“ jemanden einstellen. Wenn er sich schon in die Pflicht nehmen lasse, dann nur mit jemanden, von dem er die Gewissheit habe, dass er die Arbeit schaffe.

Herr Borstell bittet um Abstimmung der BV 341/2016.

Der Stadtrat beschließt die Schaffung einer Sachbearbeiterstelle im Fachbereich II, Bauamt zur Bearbeitung von Hochwassereinzelnmaßnahmen vorab der Beschlussfassung des Haushaltsplanes 2016

Abstimmungsergebnis: 16 x Ja 5 x Nein 5 x Enthaltung

TOP 8: Information aus den Verbänden

Herr Brohm informiert aus dem Zweckverband Breitband. Herr Rudowski und er haben sich dies in der letzten Zeit geteilt. Sie seien in der Abstimmung mit dem Zweckverband Breitband Altmark, um in die Vermarktung zu gehen. In den nächsten Wochen werde er auf die OBM zugehen. Der SR werde zeitnah informiert.

TOP 9: Information des Bürgermeisters

Herr Brohm gibt an, dass im letzten BA die Frage kam, ob die Sitzungsunterlagen wieder komplett in weiß kopiert werden können. Er hätte vom SR gern ein Feedback, ob es möglich wäre.

Herr Brohm informiert,

- über den gestrigen Feuerwehreinsatz in Schernebeck. Die Familie wurde kommunal untergebracht.

- das in Tangerhütte eine erste Auftaktveranstaltung für eine Kinderwehr stattfand. Dafür wird die Satzung geändert.
- dass er im MDR-Fernsehen über 1.500 Flüchtlinge im Landkreis gesprochen hat. In unserer EG sind es 45 und es wurden von uns wieder Wohnungen gemeldet.
- das sich die EG für das Wirtschaftsfestival „Altmarkmacher“ beworben hat. Man möchte 200 aktive Unternehmen in der Region zusammen bringen. Das Thema ist „Grüne Wiese“.
- das er am 21.01.2016 bei der „Grünen Woche“ zu Gast ist und dort ein Impulsreferat halten wird.
- das er über die Informationen von Herrn Kinszorra über die Hochschule Dessau in Anfragen und Anregungen informiert.

TOP 10: Anfragen und Anregungen

Herr Rudowski gibt eine Anregung für den Vortrag, den Herr Brohm auf der „Grünen Woche“ halten möchte und einen Denkansatz für den SR. Ab 2019 wird es in den kleinen Dörfern keine OR'e mehr geben. Dies soll Herr Brohm mitnehmen, denn er wird morgen bestimmt ein paar Leute treffen, die er darauf ansprechen könne. Im Sommer müsse man in der Landesregierung nach dem Sachstand fragen.

Herr Graubner spricht ein Lob für die engagierten Kräfte der Verwaltung auf dem Neujahrsempfang aus. Die Atmosphäre, die auf dem Empfang war, wünsche er sich immer. Dort ist man ins Gespräch gekommen und man konnte sich politisch mit den Bürgern austauschen. Es fiel ihm aber auf, dass nur die Vereine des BM'ers genannt wurden.

Er fragt zum Wirtschaftsfestival „Altmarkmacher“ zum Motto „Grüne Wiese“, ob man das benötigt und nach den Kosten.

Herr Brohm antwortet, dies ist kostenfrei. Der LK Stendal hat sich das als Motto gewählt.

Frau Platte sagt zum Thema ab 2019 keine OR'e, die EG hat schon eine Resolution gemacht, auch der Städte- und Gemeindebund. Sie sieht es auch wie Herr Rudowski. Man müsse nachhaken, aber nicht erst im Sommer sondern noch vor der Wahl und auch nach der Wahl stetig. Damit zu der nächsten Wahlperiode das Gesetz des KVG noch geändert werden könne. Sie habe gehört, dass man darüber wohlwollend nachdenke und dies evtl. wieder rückgängig mache. Man wolle die einzelnen Ortschaften entscheiden lassen, ob sie einen OR wollen oder nicht. Es liegt aber nahe, dass dies nur eine Wahlkampfparole sei.

Herr Strube informiert, wenn die Familie aus Schernebeck, die beim Brand alles verloren habe, Probleme mit der Versicherung bekomme, sich durch den ASB neu einrichten könne.

Herr Kinszorra regt an, zum nächsten Neujahrsempfang die gesamte Bevölkerung einzuladen, denn er wurde von mehreren Bürgern angesprochen. Der Neujahrsempfang des LK'es und der Stadt Stendal war für alle Bürger und Institutionen. Er fand es auch schön, dass er die Mitarbeiter der Verwaltung begrüßen konnte. In Anlehnung der HH-Konsolidierung und der Geldknappheit der EG fragt er, haben die Mitarbeiter die Bewirtung der Gäste ehrenamtlich gemacht oder werden dafür Überstunden abgerechnet?

Herr Brohm sagt, ein Teil der aufgewendeten Zeit war Arbeitszeit und ein Teil haben die Mitarbeiter ehrenamtlich gemacht.

Herr Kinszorra wisse, dass andere Städte dafür einen professionellen Catering nehmen. Man solle überlegen, ob ein Catering nicht preiswerter sei, anstatt die Mitarbeiter mit ca. einem Stundensatz von 20 €. Nehme man einen Catering könnten die Mitarbeiter mit den Gästen einen Smalltalk machen. Die Gastronomie Jacob könne sicher so etwas auch auf die Beine stellen.

Herr Wegener ist erstaunt und verwundert, wie mit den Fragen der Einwohner aus Uchtdorf umgegangen wird. Die Einwohner Herr Schulze und Herr Steffen kommen regelmäßig und sprechen bestimmte Dinge über die Ortschaft Uchtdorf an. Es seien alles Dinge, die seines Erachtens diskussionswürdig seien und die sich die Verwaltung, der BM sowie der SR-Vorsitzende annehmen müssen. So wie die Fragen beantwortet werden, habe er das Gefühl, dass die Sache nicht ganz sauber läuft. Er möchte, dass auf die Fragen der Einwohner ordnungsgemäß geantwortet wird. Es muss unbedingt eine Entscheidung zum Mitwirkungsverbot und über den gefassten Beschluss, der nicht auf der TO stand fallen. Zur nächsten SR-Sitzung am 24.02.2016 möchte der SR die Antworten, die die Einwohner bekommen, auch erhalten.

Herr Brohm gibt an, die Komplexität dieses Sachverhaltes ist in der Frageform nicht zu lösen. Er bietet den SR an, bis zur nächsten SR-Sitzung alles was bisher mit Herrn Schulze und Herrn Stef-

fen besprochen wurde, darzulegen. Zum Mitwirkungsverbot sagt er, dass die Räte verpflichtet sind, dieses anzuzeigen.

Herr Wegener sagt, das Mitwirkungsverbot wurde schon in der vorletzten SR-Sitzung angesprochen. Die Antwort, die Herr Gruber lt. Herrn Steffens gegeben habe, lautet, es könne sein, das Mitwirkungsverbot bestand. Dies muss geklärt werden. Auch welche Konsequenzen das Mitwirkungsverbot auf den Beschluss habe. Das Gleiche mit dem Beschluss, der nicht auf der TO stand.

Frau Braun verlangt, dass der BM das endlich zur Chefsache mache. Die Ortschaftsräte haben die gleiche GO und haben die rechtlichen Bedingungen wie der SR einzuhalten. Der SR erwarte eine saubere und ordentliche Klärung.

Herr Borstell sagt, Herr Brohm hat eben die Verfahrensweise dargelegt. Er gehe davon aus, dass das umfassend geschehen wird.

Herr Jacob spricht noch einmal das Gedächtnisprotokoll, dass Herr Schulze aus Uchtdorf am 04.11.2015 an den stellv. SR-Vorsitzenden Herrn Jacob übergeben hatte, an. Hier hat ein offizieller Akt stattgefunden, denn Herr Schulze hat dieses Schreiben dem stellv. SR-Vorsitzenden öffentlich übergeben. Damit es nicht wekommt, habe er es mit Bedacht zu Protokoll gegeben.

Herr Kinszorra gibt bekannt, die Baufachhochschule Anhalt hat mit einer E-Mail signalisiert, dass die 6 Hausarbeiten vorliegen. Anfang Februar soll in der Baufachhochschule die Verteidigung stattfinden. Es wäre schön, wenn 1 Vertreter des Bauamtes daran teilnimmt. Er fände es gut, wenn die Verteidigung hier im Kulturhaus stattfinden würde und zwar in einem größeren Rahmen, so das auch die Bürger mit daran teilnehmen könnten. Immerhin gehe es um das Konzept „Sanierung und Umgestaltung des Kulturhauses Tangerhütte“. Danach könne man mit dem neuen Mitarbeiter des Bauamtes die nächste Leistungsphase erarbeiten und Fördermittel beschaffen, um endlich mit der Sanierung des Kulturhauses zu beginnen. Es wurde der 12.02.2016 oder 19.02.2016 vorgeschlagen.

Herr Brohm fragt, ob dafür ein Übersetzer von Nöten ist, weil es in Englisch vorgestellt wird.

Herr Kinszorra meint, es wäre nicht schlecht.

Herr Borstell schließt 20:25 Uhr den öffentlichen Teil.

Öffentlicher Teil

TOP 17: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Borstell stellt die Öffentlichkeit wieder her.

TOP 18: Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Borstell gibt die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt.

TOP 19: Schließen der Sitzung

Herr Borstell beendet 21:47 Uhr die Sitzung des SR'es.